

**Resolution der gymnasialen Elternvertreter in Baden-Württemberg
zu den geplanten Deputatskürzungen „durch die Hintertür“
Änderung der Verwaltungsvorschrift
„Arbeitszeit der Lehrer an öffentlichen Schulen in BaWü“**

Von uns Elternvertretern wird die Art und Weise, wie empfindliche Kürzungen in der Hausaufgabenbetreuung und im AE-Bereich (allgemeiner Entlastungspool) über den Weg einer Verwaltungsvorschrift vorgenommen werden sollen, als Umgehung unserer Gremien gewertet. Da diese Einsparungen wesentlich die Qualität der schulischen Rahmenbedingungen, die unsere Familien unmittelbar betreffen, in nicht unerheblichem Maße verschlechtern werden, empfinden wir dieses Vorgehen als schlechten Stil unserer Landesregierung.

Wir sehen insbesondere die von uns vertretene und geschätzte Schulart Gymnasium als besonders davon betroffen. Die von uns seit langen Jahren angemahnten Bemühungen um eine Weiterentwicklung im Sinne einer „Pädagogisierung des Gymnasiums“ bei unbedingt erhaltener hoher Fachlichkeit, werden dadurch weit zurückgeworfen. Dies kann daher so von uns nicht akzeptiert werden.

Solche Versuche der Haushaltssanierung, bzw. Mittelverlagerungen innerhalb eines Ressorts zu Gunsten bildungspolitischer Prestige- und Wunschprojekte, sind nach unserer Meinung unzulässige und einseitige Einsparungen im Bildungswesen. Wir werten dies als einen schweren politischen Fehler. Der Aussage, dass auch das Kultusressort mit einem sehr hohen Anteil am Landeshaushalt seinen Beitrag zu den Einsparzwängen leisten muss, widersprechen wir daher vehement!

Der Arbeitsplatz Schule muss viel eher endlich vorrangig zu einem der attraktivsten Arbeitsfelder für geeignetes Personal vieler Sparten ausgebaut werden. Hier sehen wir vielseitige Ansatzpunkte, um auch Lehrer von unterrichtsfremden Aufgaben durch Einsatz geeigneten weiteren Personals zu entlasten. Nicht alle Aufgaben im flankierenden Bereich müssen von gut bezahlten Beamten geleistet werden.

Wir fordern die Landesregierung auf, unsere demokratisch gewählten Elterngremien in konstruktiver Art und Weise in diese Fragen miteinzubeziehen, um notwendige Anpassungen auf den Weg zu bringen. Wir erwarten, dass unsere Einlassungen nicht „als das übliche Geschrei der Eltern“ abgewertet werden, sondern dass man sich ernsthaft mit den Fehlentwicklungen im System und deren Abhilfemöglichkeiten mit uns auseinandersetzt. Allerdings darf auf keinen Fall die reine Prämisse des Geldsparens, sondern es muss vielmehr der möglichst effiziente Einsatz der erforderlichen Mittel für eine gute Qualität in der Bildung im Vordergrund stehen.

Daher fordern wir die Landesregierung auf, die geplanten Kürzungen, wie sie in der Veränderung der Verwaltungsvorschrift vorgesehen sind, umgehend zurückzunehmen.

Stuttgart, 6. Mai 2012

Rainer Bergmann, Vorsitzender der ARGE Tübingen
Christian Bucksch, Vorsitzender der ARGE Stuttgart
Walther Hindenlang, Vorsitzender der ARGE Karlsruhe
Dr. Carsten T. Rees, Vorsitzender der ARGE Freiburg